

Leserbrief zur Berichterstattung zum Artikel „Lagerbildung bei der Notstands-Debatte“

Wir konnten mal wieder eine Umweltausschusssitzung erleben, die es in sich hatte. Langatmig wurde von fast allen Anwesenden betont, dass der Antrag der Grünen doch so wertvoll sei. Nur der Begriff „Klimanotstand“ war es erneut, der die Gemüter erhitzte. Nachzuvollziehen ist dies für mich nicht. Wer sich mit den Fakten des Klimawandels beschäftigt, weiß, dass es 2 Minuten vor 12 ist. Hier noch Angst vor Panikmache beim Vokabelstreit vorzuschieben, wird dem nicht gerecht. Alle wollen etwas tun, nur was, wieviel, wann und wie, darin gibt es wenig Einigkeit. Die SPD hatte einen Änderungsantrag vorgelegt, der inhaltlich sehr nahe am Antrag der Grünen war. Und was kam schließlich dabei heraus? Etwas Butterweiches, das weit an den Notwendigkeiten und dem Ernst der Lage vorbeigeht. Mein Titel dafür: „Ein Feigenblattbeschluss“! Die zahlreichen Einwände anwesender Bürgerinnen und Bürger, teils zugegebenermaßen übertrieben emotional vorgetragen, bleiben ungehört. Ist es da ein Wunder, dass das Bürgerinteresse an den politischen Sitzungen nicht größer ist?

Die von Herrn Reifschneider erhobene Forderung nach mehr Information der Bevölkerung wurde abgebügelt. Warum?

Der Klimaschutz zählt unbestritten zur kommunalen Aufgabe der Daseinsvorsorge und das im Hinblick auf den Klimawandel von drastisch wachsender Bedeutung. Auch Art. 20a GG trifft den Kern: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen ...“ Dazu gehört auch die Pflicht zur Information ihrer Einwohner über deren Möglichkeiten, etwas zu tun, so im Bereich der Energieeinsparung, so auch der Wortlaut des Wohnraumversorgungskonzepts: „Ziel ist es, die privaten Einzeleigentümer für die bestehenden (energetischen) Anpassungsbedarfe ihrer Objekte zu sensibilisieren und gleichzeitig über bestehende Fördermöglichkeiten, ..., zu informieren.“

Nach den Klimazielen der Bundesrepublik Deutschland soll der Landverbrauch sofort drastisch einschränkt und bis 2050 auf 0 reduziert werden. Dazu müssen alle mitmachen – gerade auf kommunaler Ebene. Was aber soll ausgerechnet in dem so fortschrittlichen – klimafreundlichen – Bad Nenndorf geschehen? Ohne Not wird mit Volldampf ein immenser Verbrauch wertvollster landwirtschaftlicher Flächen vorangetrieben.

Ja, es geschieht etwas in puncto Klimaschutz u.a. in Bad Nenndorf. Eine Photovoltaikanlage hier, ein Blockheizkraftwerk da, ein paar Blühstreifen und Regenwasserauffangbecken sind wirklich nett. Das was aber nicht angepackt wird, das ist die große Schwester von „nett“. Es gilt jetzt wirklich darum zu zeigen „Wir haben verstanden“! Dazu sollte der Rat der Stadt Bad Nenndorf nun endlich die Eindämmung der weltweiten Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als kommunale Aufgabe von hoher Priorität anerkennen, so wie es von den Grünen und der SPD gefordert wurde. Der in Sitzung gefallene Hinweis an die Zuschauer, sich doch selbst zur Wahl zu stellen, trifft bei meinem kommunalpolitischen Demokratieverständnis grundsätzlich auf absolute Zustimmung. Doch die nächste Wahl in 2 Jahren darf bei der Dringlichkeit des aktuellen Handlungsbedarfs nicht abgewartet werden.

Die Einstellung der Verwaltung und einiger Politiker „Wir machen schon alles richtig. Darum weiter wie bisher und Wachstum ist immer gut.“ gehört auf dem Misthaufen der Geschichte! Es muss umfassend gehandelt werden, JETZT! Und dazu haben die gewählten Ratsleute das Mandat und tragen die Verantwortung. Heute, auf den Tag 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, wünsche ich mir, dass auch andere Mauern endlich fallen. Und wir Bürger können durch vermehrte Sitzungspräsenz, so auch bei der Bauausschuss-Sitzung am 28.11. unseren kleinen Beitrag dazu leisten.

Rolf Neumann, Bad Nenndorf